

nachrichten

Neuaufstellung

Die Führung der Kommunistischen Partei Vietnams ist auf dem 9. Parteitag umstrukturiert worden. Die Positionen der Berater des Politbüros sind abgeschafft worden. Die ehemaligen Parteiführer, Do Muoi, Le Duc Anh und Vo Van Kiet, verloren damit das Recht, an allen Sitzungen des Politbüros teilzunehmen. Außerdem wurde das Politbüro von 18 auf 15 Mitglieder verkleinert. Gleichzeitig verließen sieben ehemalige FührungsgenossInnen dieses Gremium: Le Kha Phieu, 69, der ehemalige Generalsekretär, Nguyen Manh Cam, 72, stellvertretender Premierminister, Nguyen Duc Binh, 73, Direktor des Politikinstituts, Pham The Duyet, 64, Vorsitzender der Vaterländischen Front, Frau Nguyen Thi Xuan My, 60, Vorsitzende der Kontrollkommission, Le Xuan Tung, ehemaliger Parteichef von Hanoi und Pham Thanh Ngan, Politische Abteilung der Volksarmee. Die vier neuen Mitglieder des Politbüros sind: Le Hong Anh, stellvertretender Vorsitzender der Parteikontrollkommission, Truong Quang Duoc, Direktor der ZK-Kommission für Massenmobilisierung, Tran Dinh Hoan, Minister für Arbeit, Kriegsinvaliden und soziale Angelegenheiten, Nguyen Khoa Diem, Minister für Kultur und Information. Das schon seit längerer Zeit umstrittene Führungsgremium, der Ständige Ausschuss des Politbüros wurde abgeschafft. Neben dem Politbüro hat das Zentralkomitee ein Sekretariat, in dem fünf Mitglieder des Politbüros und vier weitere Spitzenfunktionäre, drei Männer und eine Frau, sitzen.

vgl. VNA 22.4.2001 und Asia Times online 25.4.2001

»Nach annähernd zwei Jahren Parteaufbau und Ausrichtungskampagne werden erste positive Ergebnisse und Erfahrungen gemeldet«, ließ der stellvertretende Vorsitzende der Personal- und Organisationskommission des ZK Pham Van Tho während einer Pressekonferenz am Rande des Parteitages verlautbaren. »Mittlerweile sind nahezu 20.000 Parteimitglieder auf zentraler, städtischer oder Provinzebene mit verschiedenen Disziplinarmaßnahmen belegt worden. Auch 53 Parteimitglieder, die direkt dem Zentralkomitee unterstehen, darunter auch elf aktuelle ZK-Mitglieder, wurden gemäßregelt. Ein Mitglied des ZK wurde aufgefordert von seinem Amt zurückzutreten, andere wurden getadelt oder streng verwarnet.«

Seit Oktober 2000, als drei Berater des Zentralkomitees (ZK) in einem Rundschreiben dem Parteivorsitzenden Le Kha Phieu Mängel in der Führung der Partei- und Staatsgeschäfte vorwarfen, durfte über die Zusammensetzung der neuen Parteiführung spekuliert werden. Auf dem Plenum des ZK im Januar 2001 wurde eine Altersgrenze von 65 Jahren für Kandidaten erlassen. Allgemein wurde dies als Zeichen gegen Le Kha Phieu, immerhin schon 69 Jahre alt, gewertet. 12 der 18 Politbüromitglieder stellten sich hinter den Generalsekretär und verteidigten ihn gegen die Kritik der ZK-Berater und aus dem Plenum. Der für März 2001 geplante Parteitag

Zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Vietnams wurde auf dem 9. Parteitag der 60-jährige Nong Duc Manh gewählt. Er ist seit 1991 Mitglied des Politbüros und wurde ein Jahr später Vorsitzender der vietnamesischen Nationalversammlung.

Nong Duc Manh wurde am 11.9.1940 in der nördlichen Bac Kan Provinz geboren. Er ist Angehöriger der Tay-Minorität und studierte von 1966-71 in der UdSSR Forstwirtschaft. Nach

Das alte Thema

Die FEER berichtet von 69.000 Parteigenossen, die sich in den letzten fünf Jahren der Korruption schuldig gemacht hätten. Hu Tho, Vorsitzender der Ideologie- und Kulturabteilung der Partei, sagte schon im März 2001: »Ein von der Nationalversammlung gewählter Minister besitzt, wenn er einen Parteiverweis erhalten hat, nicht mehr die Reputation, um wiedergewählt zu werden.« Verteidigungsminister Pham Van Tra werden einerseits Managementfehler vorgeworfen, andererseits soll er dem Parteichef geholfen haben andere Mitglieder des Politbüros durch den Militärgewerksdienst ausspionieren zu lassen.

Dass der Kampf gegen Korruption und Machtstreben für die Partei weiterhin schwie-

rig bleiben wird, macht der Rechenschaftsbericht deutlich: »In vielen Parteikomitees und -organisationen, das Zentralkomitee und das Politbüro eingeschlossen, war trotz vieler Versuche zum Parteaufbau und zur Parteausrichtung die Führung nicht wirklich resolut. Maßnahmen und Politik waren nicht aufeinander abgestimmt; (...) nicht wenige Parteikader und Mitglieder, eingeschlossen solche in führenden Positionen auf allen Ebenen, sind immer noch dem Individualismus verhaftet, haben opportunistische Ideen, hegen Ambitionen auf Macht, Ruhm und Profit und können nicht über ihre Region oder Branche hinaus denken.«

vgl. FEER 22.3.2001

Machtkampf

wurde um einen Monat verschoben, denn die Partei war in Personalfragen uneins. Die anhaltenden Unruhen unter den Kaffeepflanzern im Zentralen Hochland machten die Entscheidung noch komplizierter. Diese Unruhen konnten als weiteres Zeichen der Schwäche und der mangelhaften Arbeit des Generalsekretärs angesehen werden. Le Kha Phieu wurde im ZK vorgeworfen, die Anti-Korruptionskampagnen nur mit Lippenbekenntnissen unterstützt zu haben und nur gegen niedere Kader vorgegangen zu sein, selbst aber Postenschacherei betrieben zu haben. Er habe eine Seilschaft von Unterstützern in hohe Ämter befördert.

Die Kommunistische Partei Vietnams hat eine lange Tradition der Einigkeit und Geschlossenheit. Also hätten die Unruhen die Rettung für Le Kha Phieu darstellen können, wie manche Beobachter vermuteten. Das ZK hat anders entschieden. Das Zentralkomitee stellte sich gegen das Politbüro, dessen 18 Mitglieder anfänglich Le Kha Phieu unterstützten. Der Parteichef wurde nicht ins ZK wiedergewählt und verlor damit alle politische Macht. Ex-Parteichef Do Muoi wird mit den Worten zitiert: »Er hat in seiner Arbeit Fehler gemacht. Er wird aus Altersgründen nicht wiedergewählt.«

vgl. Times of India 10.3.2001

Mehr Demokratie wagen?

seiner Rückkehr machte Nong Duc Manh in Beruf und Partei Karriere. Nong Duc Manh hat wesentlichen Anteil daran, dass die Nationalversammlung mehr wurde als das Gesetzgebungssekretariat der Partei. Er hat viel zur Aufwertung der Nationalversammlung beigetragen, indem er kritische Debatten und Befragungen von Ministern stattfinden ließ, die live im vietnamesischen Fernsehen übertragen wurden. Der Parlamentspräsident und neue Parteivorsitzende gilt als ein

weitgereister, nach außen eher zurückhaltender, kluger Politiker, der in der Lage sein soll, Menschen zusammenzuführen und eine politische Idee zu vermitteln. Carlyle Thayer, ein bekannter Hanoi-Beobachter: »Wenn man den politischen Report der Partei mit und dem politischen Hintergrund und Werdegang von Nong Duc Manh vergleicht, dann scheinen sie wie füreinander gemacht.«

vgl. IHT 23.4.2001; NZZ

23.04.2001

»Gewerkschaftsbosse gestehen Drogensucht ein«

So titelte die Times of India einen Bericht über eine Untersuchung, die der Vietnamesische Gewerkschaftsbund durchgeführt hatte. Darin wurden die Daten von 100.030 Drogenabhängigen landesweit ausgewertet. 30.000 der Abhängigen waren Beschäftigte des staatlichen Wirtschaftssektors. Ebenfalls 30.000 waren Gewerkschaftsmitglieder. Die

BäuerInnen, die den überwiegenden Teil der Bevölkerung stellen, waren in dieser Untersuchung nur mit 0,6 Prozent vertreten. Auch StudentInnen, die in westlichen Gesellschaften eine Hauptrisikogruppe darstellen sollen, waren nur mit 1,6 Prozent vertreten. 6.000 Drogenkonsumenten sollen im Transportgewerbe arbeiten. Vietnam News forderte die

Maßnahmen gegen Drogenabhängige zu überprüfen, nicht sofort Entlassungen auszusprechen, sie als »Opfer« zu betrachten und ihnen zu helfen. Für Vietnam, wo Drogenhandel mit der Todesstrafe belegt wird und wo Sucht als bourgeoises Überbleibsel angesehen wurde, sind dies neue Töne.

vgl. Times of India 23.3.2001

nachrichten

Umwandlung

Im ersten Vierteljahr sind in Vietnam 32 staatseigene Betriebe in Privatunternehmen umgewandelt worden. Damit sind seit 1992 insgesamt 652 staatseigene Betriebe in Kapitalgesellschaften umgewandelt worden. Die Zahl der umgewandelten Betriebe mit einem Kapital von über 10 Milliarden VND (1,55 Millionen DM) ist sehr gering. 322 Betriebe aus dem Bau- und Industriebereich, 236 Betriebe aus Handel und Service, 64 aus Transport und Kommunikation, 18 landwirtschaftliche Betriebe und 12 aus dem Bereich Fischfang und -verarbeitung sind privatisiert worden. Über die wirtschaftliche Entwicklung dieser Unternehmen wurden keine Informationen gegeben.

vgl. VNA 9.4.2001

Veränderungen in Beschäftigungspolitik

Der stellvertretende Direktor der Regierungskommission für Organisation und Personal, Nguyen Trong Dieu, erklärte die geplanten Veränderungen in der staatlichen Beschäftigungspolitik. So sollen im nächsten Jahr insgesamt 15 Prozent der bisher staatlichen Arbeitsplätze abgebaut, bzw. in nicht-staatliche Arbeitsplätze umgewandelt werden. Gleichzeitig soll die Zahl der Ministerien oder Quasiministerien von 47 auf 20 reduziert werden. Durch diese Reduzierung soll die Überbürokratisierung bekämpft werden. Gleichzeitig erhoffen sich die Reformer eine Entlastung des Staatshaushaltes. Nach Statistiken der

Kommission werden gegenwärtig 55 Prozent der vietnamesischen Staatsausgaben für die sieben Millionen Zivilbeschäftigten und Pensionäre ausgegeben.

Außerdem soll das Entlohnungssystem grundsätzlich reformiert werden. Kein Staatsangestellter könne von dem gegenwärtigen Basisgehalt von 210.000 VND monatlich leben. Diese Unterbezahlung führe zu einer großen Unsicherheit bei den Beschäftigten und zu verstärkten Aktivitäten, die Einnahmen zu erhöhen. Andererseits sei eine Abwanderung qualifizierter Kräfte zu befürchten, da in anderen Bereichen der Wirtschaft ein Vielfaches

verdient werden kann. Als Beispiel wurde die Staatsbank genannt, deren MitarbeiterInnen nur ein Drittel dessen verdienen, was in anderen Banken bei vergleichbarer Qualifikation gezahlt wird. Aber auch die geldwerten Leistungen sollen überprüft, eventuell beseitigt, aber grundsätzlich öffentlich gemacht werden. Strittig ist noch, ob Leistungen wie Häuser, Dienstfahrzeuge mit Fahrer und andere Subsidien zukünftig auf die Ministerialebene beschränkt werden und wie dann eine Gehaltsstruktur beschaffen sein könnte.

vgl. VNS 11.5.2001

Sozialversicherungsgesetz

Seit 1995 gibt es eine staatliche Sozialversicherung in Vietnam. Von den 40,6 Millionen ArbeiterInnen Vietnams sind allerdings bisher nur 4,1 Millionen versichert. Viele Regelungen sind bisher noch unklar und umstritten. So ist die Berechnungsgrundlage der Beiträge zur Versicherung sehr ungleich. Zwar zahlen die Unternehmen in jedem Fall einen Anteil von 15 Prozent, die ArbeiterInnen fünf Prozent, in staatlichen Betrieben jedoch, die einen relativ großen Anteil des Lohnes in geldwerten Leistungen auszahlen, wird nur der in Dong ausgezahlte Lohn als Berechnungsgrundlage angewandt. Bei einem Joint Venture hingegen, das die Bezahl-

ung komplett in Geld abwickelt, kann so der zu zahlende Beitrag bis zu zehn mal größer sein. Ein weiteres Problem sind die Altersrenten, die gegenwärtig niedriger als die Lebenshaltungskosten liegen, so dass viele ArbeiterInnen ihre Lebensarbeitszeit verlängern wollen, um später eine ausreichende Rente zu erhalten. Viele andere Punkte des Gesetzeswerkes sind ebenfalls noch in der Diskussion, so z.B. die Frage, was als Arbeitsunfall zu gelten habe oder ob die Arbeitslosenversicherung in die allgemeine Sozialversicherung einbezogen werden soll.

vgl. VNS 11.5.2001

Prostitution

Im Zusammenhang mit der Untersuchung über Drogenabhängigkeit informierte Vietnam News noch einmal über einen Bericht des Molisa vom April 2000. Darin hieß es:

»Prostitution hat sich in einer alarmierenden und ziemlich öffentlichen Art und Weise seit 1997 in Vietnam entwickelt. Dies liegt vor allem an mangelnder Entschlossenheit bei der Bestrafung der Bordellbesucher. Ein Sprecher des Ministeriums sagte in einem Interview, dass etwa 70 Prozent der Bordellbesucher nicht etwa dekadente Westler seien, sondern Kader der Kommunistischen Partei und Staatsangestellte.

vgl. AFP 23.3.2001

Waldverluste

In einem neuen Bericht warnt das UN-Entwicklungsprogramm UNDP vor der fortwährenden Entwaldung in Vietnam. Während 1975 noch 43 Prozent der vietnamesischen Fläche bewaldet war, sind es gegenwärtig noch 28 Prozent. Mehr als 700 Arten werden in der Roten Liste für Vietnam aufgeführt. Die industrielle Entwicklung des Landes schädige die Umwelt, da bei über 90 Prozent der Fabriken ausreichende Abfallentsorgungssysteme fehlen. Die Luftverschmutzung in den großen Städten hat sich vervielfacht und die Grundwasserversorgung ist durch Verschmutzung und Verschwendung gefährdet.

vgl. VNS 7.3.2001

nachrichten

Dioxinbelastung

30 Jahre nach dem Einsatz des giftigen Entlaubungsmittels Agent Orange im Vietnamkrieg haben einige Vietnamesen noch immer alarmierend hohe Dioxinwerte im Blut, wie eine neue US-Studie herausgefunden hat. Bei Einwohnern der Stadt Bien Hoa lagen die Werte bis um das 135-fache höher als bei Einwohnern von Hanoi, wo US-Streitkräfte kein Agent Orange sprühten. Als erschreckend wertet die Studie, dass auch Zugezogene und Kinder betroffen sind. Daraus wird geschlossen, dass sie noch in jüngerer Zeit einer verseuchten Umgebung ausgesetzt sein müssten. Das dioxinhaltige Entlaubungsmittel Agent Orange wird mit Krebs, Missbildungen und Fehlgeburten in Verbindung gebracht.

vgl. AP 15.5.2001

Plan gegen Arbeitslosigkeit

Die vietnamesische Regierung hat ein Programm gegen die Arbeitslosigkeit und für eine bessere Ausbildung der ArbeiterInnen veröffentlicht. Danach soll die städtische Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2005 auf fünf Prozent abgesenkt werden. Dazu ist es notwendig, jährlich 1,4 bis 1,5 Mio. neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zwischen 1991 und 2000 nahm die Zahl der Beschäftigten von 30,9 auf 40,6 Mio. zu. Damit lag die jährliche Zuwachsrate bei durchschnittlich 2,9 Prozent. In den Jahren von 1996 bis 2000 sind jährlich 1,2 Mio. neue Arbeitsplätze ge-

schaffen worden. Der Anteil an ausgebildeten ArbeiterInnen soll bis zum Jahr 2005 auf 30 Prozent der Gesamtbeschäftigten gesteigert werden. Die Ausbildung der ArbeiterInnen soll in engem Zusammenhang mit der Industrialisierung und Modernisierung der vietnamesischen Wirtschaft stehen. In diesem Zusammenhang wird auch der Plan verfolgt, bis 2005 in dreißig Provinzen und Städten und bis 2010 im ganzen Land die Sekundarstufe für alle SchülerInnen obligatorisch zu machen.

vgl. Xinhua News Agency
16.5.2001

Pestizid-Vergiftungen

Mit den landwirtschaftlichen Reformen der letzten zehn Jahre hat sich auch der Verbrauch von Pestiziden in Vietnam vervielfacht. Der zu starke Einsatz und die Missachtung der Warnhinweise, auch das Fehlen von Schutzkleidung haben zur alarmierenden Steigerung der Vergiftungsfälle bei Bäuerinnen geführt. Im Mekong-Delta wird befürchtet, dass der Übereinsatz von Pestiziden gegen eine Schneckenplage zu einer weitgehenden Vergiftung des Wassers geführt habe.

vgl. BBC 6.2.2001

Abkommen in Gefahr

Das mit vielen Vorschusslorbeeren und großen Hoffnungen paraphierte Handelsabkommen zwischen den USA und der SR Vietnam scheint gefährdet. Die Bush-Regierung plant ein Gesetzesbündel zu Handelsfragen in den Kongress einzubringen. Diese Gesetze würden dem Präsidenten der Vereinigten Staaten das Recht geben, Handelsfragen ohne die Zustimmung des Kongresses zu verhandeln. Der Kongress hat einen ähnlichen Versuch der Clinton-Regierung

deutlich abgewehrt und auch jetzt wird dieses Gesetz als sehr kontrovers eingeschätzt. Die Debatten über dieses Recht des Präsidenten könnten sehr lange dauern oder aber das ganze Bündel fällt im Kongress durch. Für die amerikanischen Investitionen in Vietnam wäre dies ein großer Rückschritt und auch die vietnamesische Regierung würde in ihren Bemühungen um Handelsausweitung und mehr Investitionen zurück geworfen.

vgl. BBC 3.5.2001

Soziale Sicherheit

Im Entwurf für das überarbeitete Arbeitsrecht ist vorgesehen, die soziale Sicherung der ArbeiterInnen unabhängig von der Betriebsgröße obligatorisch zu machen. Im jetzigen Gesetz werden erst Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten gezwungen, in die Sozialversicherung einzuzahlen. Zukünftig soll die Sozialversicherungspflicht für alle ArbeiterInnen mit einer Vertragsdauer von mehr als drei Monaten gelten.

vgl. VNA 12.3.2001

Unruhen im Zentralen Hochland

Das vietnamesische Fernsehen brachte während der Tagung des Zentralkomitees vom 12. bis 24.3.2001 Bilder von den gewalttätigen Unruhen in den Städten und Dörfern des Hochlandes im Januar und Februar. Durch diese Bilder wurde deutlich, dass es sich nicht nur um einige von Agitatoren verführte Individuen gehandelt hatte. Die Gewerkschaftszeitung Lao Dong berichtete am 27.3.2001 darüber, dass die Unruhen schon im Oktober 2000 begonnen hatten und noch bis in den März 2001 angedauert hätten. Ausgangspunkte waren Auseinandersetzungen um die Errichtung von Kaffeeplantagen auf traditionellem Gemeindewald und die Überfremdung mit armen Bauern aus anderen Regionen. Protestierende wurden von ausländischen Zeitungen

mit dem Vorwurf zitiert, die vietnamesische Politik zielen auf einen ethnischen Genozid an den Minderheiten. Die regionalen Kader, Polizei und Militär waren im Januar, Februar und März 2001 mit Gewalt auch gegen Hauskirchen der Protestanten vorgegangen, die als Diskussions- und Versammlungsplätze der Minderheiten dienten. Diese Kirchen hatten besonders deshalb großen Zulauf, weil dort auch die Gottesdienste in den Minderheitensprachen abgehalten wurden. Von der Regierung werden diese Kirchen als illegal behandelt. In Kambodscha tauchten mehr als 1.000 Flüchtlinge aus Vietnam auf und wurden von der kambodschanischen Regierung über mehrere Tage interniert.

Ende März, Anfang April 2001 begannen dann die neuen Maß-

nahmen der Regierung. Ein Radiosender für das Zentrale Hochland soll in Zukunft seine Sendung in den Sprachen der Minderheiten ausstrahlen, eine Tageszeitung soll die Politik von Partei und Regierung in drei Minderheitensprachen und mit vielen Bildern darstellen und erklären.

Nach dem 9. Parteitag fand in Buon Ma Thuot, der Hauptstadt der Provinz Dac Lac eine große Konferenz über die Situation im Zentralen Hochland statt. Alle führenden Kader des Hochlandes, die VertreterInnen der Frauen Union, der Gewerkschaften, der Jugendorganisation, der politischen Hauptabteilung der Armee und das Politbüromitglied Truong Quang Duoc, Direktor des ZK für Massenmobilisierung, waren anwesend. Die Konferenz stellte fest, dass es viele Schlupflöcher in der

Umsetzung der Partei- und Regierungspolitik gibt. Viele Delegierte forderten die lokalen Behörden und die Regierung auf, die Landprobleme gerecht zu lösen und dabei die Interessen der lokalen Bevölkerung zu achten. Die Behörden sollen zukünftig eine strikte Kontrolle über die unorganisierte Migration ins Hochland ausüben und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Menschen der ethnischen Minderheiten in den Staatsfarmen beschäftigt und ausgebildet werden. Die Partei soll ein Kontingent junger Angehöriger der Minderheiten ausbilden, die dann zukünftig Führungspositionen in Partei und Behörden übernehmen können.

vgl. BBC 23.3.2001; Times of India
28.3.2001; VNS 5.4.2001; VNS
18.5.2001